

# CO<sub>2</sub>-neutrale Schweiz bis 2030 Die Forderungen der Klima-

# Die Welt retten – und sie aus den Angeln heben

FRANZISKA SCHEVEN

**E**ine drastische Verschärfung der Klimaziele. Schon bis 2030 soll die Schweiz CO<sub>2</sub>-neutral sein! Das ist eine der Hauptforderungen der Klimaaktivisten, die die letzten Tage den Bundesplatz in Bern besetzt haben – trotz Verbot. Dass es dringend griffige Massnahmen braucht, um das Klima zu schützen, ist unbestritten.

Die Hauptforderung der Klimaaktivisten lautet: In der Schweiz sollen ab 2030 nicht mehr Treibhausgase ausgestossen werden, als das Ökosystem wieder binden kann.

**In der Theorie ist die Forderung umsetzbar, sagen Klima-Experten im Gespräch mit BLICK. In der Praxis ist das aber mehr als ambitioniert.** «Das wird negative wirtschaftliche Folgen haben, und einen demokratischen Konsens dazu wird es kaum geben», sagt Christian Zeyer (58), Direktor von Swisscleantech, dem Wirtschaftsverband klimabewusster Unternehmen.

Die Forderung umzusetzen, bedeutet laut Zeyer konkret: Wir dürften kein Fleisch mehr essen, müssten in kleinere Wohnungen ziehen, im Winter weniger heizen und sofort auf Heizöl verzichten. **An Fernreisen und Mobilität mit Autos und Flugzeugen ist gar nicht mehr zu denken**, wolle man bis 2030 klimaneutral sein.

Man dürfe aber auch nicht vergessen: «Nichts zu tun, wird unseren Wohlstand genauso einträchtigen» sagt Zeyer. «Es wäre eine Wahl zwischen zwei schlechten Entscheidungen.»

**Das aktuelle CO<sub>2</sub>-Gesetz der Schweiz sieht eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent gegenüber 1990 vor.** Damit solle man zufrieden sein, sagt Kurt Lanz (48) von Economiesuisse. Er ist verantwortlich für das Umweltdossier beim Wirtschaftsverband.

«Klimaneutralität bis 2030 ist völlig unrealistisch», sagt er. Allein die Revision des aktuellen CO<sub>2</sub>-Gesetzes habe drei Jahre gebraucht. «Und das Gesetz erreicht nur 50 Prozent Einsparungen – wenn alles klappt.»

Seine 19-jährige Tochter ist bei der Klimajugend aktiv. Die beiden diskutieren laufend über dieses Thema. **«Ein Systemwechsel ist gut, aber nicht, indem die Marktwirtschaft gegen eine Staatswirtschaft getauscht wird.»** So warnt Lanz vor den radikalen Forderungen der Klimaaktivisten – und seiner Tochter.

Was es laut Lanz ausserdem zu bedenken gilt: Es muss länderübergreifend agiert werden, um wirklich eine Veränderung herbeizuführen. Es brauche Anreize auf internationaler Ebene, bei der positive Klimabeiträge in der Wirtschaft belohnt werden. «Wenn nur die Schweiz ehrgei-

zige Massnahmen ergreift, bringt das dem Klima wenig.»

Klimaneutralität bis 2030 hätte wirtschaftliche Folgen. Die finanziellen Kosten habe aber niemand professionell erhoben, sagt ETH-Klimaforscherin Sonia Seneviratne (46).

Sie findet, die Schweiz könne im internationalen Klimavergleich noch aufholen. «Es gibt Länder, die stehen deutlich besser da als die Schweiz und zeigen eine stärkere Abnahme des CO<sub>2</sub>-Fussabdrucks in den letzten Jahren», sagt Seneviratne. **«Ausserdem sind diese Länder auch ambitionierter, was ihre Klimaziele angeht.»** Als Beispiel nennt sie Finnland, das in seinem CO<sub>2</sub>-Gesetz vorsieht, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.

«Der Grund für den grossen CO<sub>2</sub>-Fussabdruck in der Schweiz liegt vor allem an der starken Konsumzunahme von Privatpersonen und Unternehmen. Es muss klüger und klimafreundlicher eingekauft werden», sagt Seneviratne. Ihr Vorschlag: eine Steuer auf importierte Güter mit einem besonders starken CO<sub>2</sub>-Fussabdruck.

Bei der Diskussion vergisst man laut Christian Zeyer von Swisscleantech aber vor allem eins: Es gehe nicht darum, die Natur zu retten. **«Der Natur ist egal, was hier passiert. Die hat schon viele Ausrottungen und Katastrophen überstanden.»**

Sie brauche keine Klimajugend, um geschützt zu wer-



Warnt vor negativen Folgen für die Wirtschaft: Christian Zeyer von Swisscleantech.



Nennt Finnland als Vorbild für die Schweiz: ETH-Klimaforscherin Sonia Seneviratne.



Hält Klimaneutralität bis 2030 für unrealistisch: Kurt Lanz von Economiesuisse.

den. Der Schlüssel liege in der Kooperation und dem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur, damit sie uns weiter als Grundlage unseres Lebens zur Verfügung stehe. «Hier geht es vor allem darum, die Menschen zu schützen.»

## Das wars

Demonstranten und Polizisten während der Räumung des Bundesplatzes.

## Was sich sonst noch ändert

Die Klimaaktivisten wollen die geltende Ordnung grundlegend ändern. Wie genau, das halten sie – auf Englisch – in einem 11-seitigen Forderungskatalog fest.

**Die Demokratie müsse partizipativ angelegt sein, einschliesslich Wahlrecht ab 16 Jahren für alle** in der Schweiz lebenden Bewohnerinnen und

Bewohner und inklusive einer «Bürgerversammlung». **Wie sich diese neue Institution zusammensetzt? Unklar.** Dass die Aktivisten mit der Besetzung des Bundesplatzes gegen das Gesetz verstossen, um ihre partizipativen Forderungen in unserer direkten Demokratie durchzusetzen – ein Widerspruch.

# Huere fucking Bundeshaus

## Parlamentarier verlieren die Nerven, den Verstand und den Anstand. Eine Glosse

Die schlechte Nachricht: Dem Klima hat die Besetzung des Bundesplatzes nicht viel gebracht. Die gute: dem Volk schon. Dank der Protestaktion konnte dieses seine Vertreter einmal von einer anderen Seite kennenlernen. Wenn auch nicht von der besten.

Kopfschüttelnd beobachtete das Land, wie wenig es braucht, um selbst die erfahrensten Politiker auf die Palme zu bringen. **Ein paar Aktivisten reichen, um ihnen die Zornesröte auf die Stirn zu treiben** und jeden Anstand fahren zu lassen. So wie bei SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel (54), der die Klima-jugendlichen als «Arschlöcher» beschimpfte, die den «Rüssel heben» und «abfahren» sollten.

Klar, die Aktion auf dem Bundesplatz

war illegal, und die Stadt Bern reagierte einmal mehr zaudernd und zu spät. **Doch wie kann man derart die Nerven verlieren wegen Yoga-Stunden und veganer Burger?** Und das als bürgernahe Milizpolitiker, als die sie sich verstehen?

Weltanschaulich bedingt hatte der politische Furor eine rechte Schlagseite – **doch auch bei Linken führte die Klimademo zu verbalen Entgleisungen.**

Jacqueline Badran (58), Zürcher SP-Nationalrätin, machte ihrem Ruf alle (zweifelhafte) Ehre. In einer für sie typischen Tirade fluchte sie über Journalisten, weil die immer nur über «dä huere fucking Glarner» berichteten – und nicht über die Anliegen der Klimajugend.

Man sollte sich nun keine falschen Vorstellungen machen:

ist der Ton zwar herzlich, aber oft auch rau. Doch einen Ratskollegen in aller Öffentlichkeit so zu beleidigen – das ist sogar für eine Kettenraucherin wie Badran starker Tobak.

Wobei der so beleidigte Andreas Glarner (57) nicht in die Opferrolle passt. In der Hitze eines Gefechts über die Klima-Demo nannte der SVP-Nationalrat seine grüne Basler Ratskollegin Sibel Arslan (40) «Arschlan» – wofür er sich später entschuldigte.

Glarner sprach ihr auch das Recht ab, überhaupt im Parlament zu sitzen. **Für den Aargauer ist die in der Türkei geborene Arslan gar keine richtige Schweizerin.** «Das nennt sich Recht und Ordnung, das hat es in deinem



Andreas Glarner beschimpfte Sibel Arslan als «Frau Arschlan».



«Arschlöcher»: Roland Rino Büchel über Aktivisten.

Jacqueline Badran entnervt sich über «dä huere fucking Glarner».

Staat nicht gegeben», schleuderte er ihr öffentlich ins Gesicht.

**Was nicht einer gewissen Ironie entbehrt.** Glarner, der gegenüber der illegalen Besetzung auf den Rechtsstaat pochte, nimmt es damit selbst nicht so genau. Laut dem Gesetz gibt es nämlich keine Papierli-Schweizer. Sondern nur Bürger und Nichtbürger. Gut, Wutbürger offenbar auch. Vor der Bundeshauskuppel, aber manchmal auch darunter. SERMIN FAKI

## Bundesplatz geräumt, nächster Protest Morgen gehts schon

Sie kamen in den frühen Morgenstunden, und zwar mit einem Grossaufgebot: In der Nacht auf Mittwoch hat die Polizei das Klimacamp auf dem Berner Bundesplatz geräumt. Zwei Ultimaten der Stadtregierung hatten die Klimaaktivisten vorher verstreichen lassen. Die Räumung verlief friedlich, Verletzte gab es keine. Einfach haben es die Klimaaktivisten den Polizeikräften allerdings nicht gemacht. Etwa hundert Aktivisten zogen freiwillig ab, **noch einmal so viele harteten aber aus und hatten sich teilweise festgekettet – die Feuerwehr musste den Schneidbrenner zücken.** Die Polizei trug die Demonstranten einzeln vom Platz, der Einsatz dauerte mehrere Stunden.

Fast 100 Personen führte die Polizei letztlich auf die Wache. Die meisten waren schon gestern Mittag wieder auf freiem Fuss, es wird aber **Anzeigen wegen Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen und Hinderung einer Amtshandlung** hageln. Beides hat üblicherweise eine Busse zur Folge.



Viele Demonstranten wollten den Bundesplatz nicht freiwillig verlassen.

Die Berner Stadtregierung zeigte sich zufrieden. Trotz «aufgeheizter politischer Stimmung» habe die schwierige Situation geordnet und gewaltlos bewältigt werden können. **Die Klimaaktivisten ihrerseits versammelten sich bei einer Kirche im Berner Breitenrain-Quartier**, wo sie in kleinerem Rahmen weitercampen. «Die Klimakatastrophe lässt sich nicht räumen», halten sie fest. Die letzten Tage hätten gezeigt, «wie stark die Klimabewegung und wie breit ihr Rückhalt in der Bevöl-



Wenigstens reden sie so, dass das Volk sie versteht – sagt der Mistkäfer.

# Aktivist\*innen im Realitätscheck



## KOMMENTAR

**FABIENNE KINZELMANN**  
Redaktorin News

### Mehr Ego als Öko

**Die Besetzung** des Bundesplatzes war ein Regelbruch mit Ansage. Mit den sympathischen Schüler- und Studentendemos hat das nicht mehr viel zu tun. Die Klimastreikbewegung wird radikaler. **Was sich am Montag** und Dienstag in Bern abgespielt hat, war eine Mischung aus Öko-Utopie, Hippie-Provokation und Selbsthilfegruppen-Spektakel. Die Klimacamper wollten maximale Aufmerksamkeit. Damit haben sie vielleicht ihre Anhänger bestärkt, alle anderen aber abgeschreckt. Selbst Leute, die ihnen bisher wohlgesinnt waren.

**Vor einem Jahr** hat die europäische «Fridays for Future»-Bewegung in Lausanne noch diskutiert. Etwa darüber, ob und – wenn ja – wie weit man mit den radikalen Klimaaktivisten von Extinction Rebellion zusammenarbeiten will. Beim Protestcamp in Bern war keine Auseinandersetzung mehr zu spüren und auch keine Vielfalt. **Die ideologische Bandbreite**, die die junge Klimastreikbewegung geprägt hat, ist vorbei. In Bern haben sich Klimajugend, Extinction Rebellion und andere Organisationen bewusst vermischt und auf Linie gebracht. Auch Schüler waren in Bern kaum noch dabei. Umso mehr routinierte und trainierte Aktivist\*innen.

**Alle Ultimaten und Angebote** haben die Bundesplatz-Besetzer ignoriert. Das entlarvt ihr vermeintliches Dialogangebot als Farce. Sie sehen sich im Kampf – nicht nur gegen den Klimawandel, sondern auch gegen die Demokratie in der Schweiz, gegen «das System». **Ziviler Ungehorsam** wird für sie darum künftig nicht mehr die Ausnahme sein, sondern die Regel. Das bringt ihnen Aufmerksamkeit für die Bewegung, aber immer weniger Verständnis für die Sache.

## ...dern soll

Im Finanzbereich müsse man punkto Klimaschutz weiterkommen. Die Aktivist\*innen fordern, dass Finanzgeschäfte nur noch unter dem Kriterium der Treibhausgas-Neutralität getätigt werden sollen. **Die Grossbank Credit Suisse, die von den Aktivist\*innen angeprangert wird, wehrt sich:** «Wir haben die Richtlinien in den letzten Jah-

ren kontinuierlich verschärft und konkrete Massnahmen für den Klimaschutz ergriffen.»

**Die Forderungen für die Landwirtschaft: keine Werbung für Fleisch- und Milchprodukte, Regulierung des «Preis- und Versorgungsoligopols Migros und Coop», Einstellung internationaler Handelsabkommen für Lebensmittel.** FRANZISKA SCHEVEN

## test angekündigt wieder los



Die Aktivist\*innen propagieren «zivilen Ungehorsam».

kerung» sei. Und schon für morgen rufen sie erneut zu einer Kundgebung in Bern auf.

GIANNA BLUM

## Neues CO<sub>2</sub>-Gesetz ist fertig Wer dem Klima schadet, muss zahlen

Drei Jahre hat es gedauert – nun ist das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz fertig, mit dem die Schweiz die Ziele des Pariser Klimaabkommens erreichen will. **Dazu verpflichtet sich die Schweiz, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren** – 75 Prozent davon im Inland und nicht über Zertifikate. Die Forderungen der Klimajugend sind damit nicht erfüllt. Wenig Freude dürften diese auch daran haben, dass es weiterhin Ölheizungen geben darf – wenn auch nur für gut isolierte Häuser.

Immerhin: Klimaschädliche Aktivitäten werden tendenziell teurer. Zum Beispiel das Autofahren: **Ein Liter Benzin darf bis 2024 höchstens um 10 Rappen verteuert werden, ab 2025 um bis zu 12 Rappen.** Auch Flugpassagiere zahlen künftig mehr – auf Flugtickets soll eine Abgabe von mindestens 30 und

höchstens 120 Franken erhoben werden, je nach Klasse und Reisedistanz. Gut die Hälfte dieser Einnahmen soll an die Bevölkerung zurückerstattet werden, die andere Hälfte fliesst in einen neuen Klimafonds.

Für Thomas Matter (54), SVP-Nationalrat aus Zürich, **wird das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz dem Klima kein bisschen helfen, «dafür aber den Mittelstand und die Wirtschaft mit Tausenden von Franken belasten»**, wie er auf Blick TV sagt. Die SVP würde denn auch ein Referendum gegen das Gesetz unterstützen. Der grüne Thurgauer Nationalrat Kurt Egger (64) widerspricht vehement. Für die Mehrheit der Schweizer würde es Einsparungen geben. Und er sagt, die Forderungen der Klimaaktivisten seien legitim. «Technisch gesehen ist «netto null» bis ins Jahr 2030 kein Problem.» SERMIN FAKI

## NEWS

### Der neue «Mr. Corona» geht schon wieder

**Bern** – Stefan Kuster tritt als Leiter der Abteilung Übertragbare Krankheiten im Bundesamt für Gesundheit (BAG) bereits wieder ab, spätestens per 1. Dezember. Er will künftig auf Mandatsbasis für das BAG arbeiten. Kuster, der die Stelle von Daniel Koch Ende März angetreten hatte, gibt private Gründe für den Rücktritt an.

### Hamilton sucht 300 neue Mitarbeiter

**Bonaduz GR** – Während andere Firmen ums Überleben kämpfen, explodieren die Umsätze bei Hamilton in Bonaduz GR. Der Hersteller von Beatmungsgeräten profitiert von der Corona-Krise. Seine Produkte sind weltweit gefragt. Aktuell kommt die grösste Nachfrage aus Südamerika, dem arabischen Raum und Indien. Jetzt sucht das Unternehmen 300 neue Angestellte.

### Neuer Sonderermittler heisst Stefan Keller

**Bern** – Die Bundesversammlung hat Stefan Keller zum ausserordentlichen Bundesanwalt gewählt. In seiner Funktion soll er gegen Ex-Bundesanwalt Michael Lauber und Fifa-Präsident Gianni Infantino ermitteln. Das Parlament hat auch Bundesrichter Yves Donzallaz (SVP) wiedergewählt, gegen den Willen seiner Partei.

### Banknötli sind kein Auslaufmodell

**Zürich** – Weltweit sind Banknoten gefragter denn je. Orell Füssli sieht trotz der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs weiterhin eine gesunde Nachfrage. Die Produktion wächst weltweit jährlich um 4 Prozent. 80 Prozent der Weltbevölkerung benutzen nach wie vor Bargeld.

### Covid-Gesetz ist auf der Zielgeraden

**Bern** – Die Details der Corona-Finanzhilfe für «vergessene Branchen» und Selbständigerwerbende sind geregelt. Die Räte haben dem Vorschlag der Einigungskonferenz deutlich zugestimmt. Damit ist das viel diskutierte Covid-19-Gesetz auf der Zielgeraden.

## BÖRSEN & DEWISEN

SMI	10 330.1 (-0.3%)
DOW JONES	26 763.1 (-1.9%)
EURO/CHF	1.08
USD/CHF	0.92
GOLD	55 385 Fr./kg
ERDÖL	41.70 \$/Fass

## SWISS LOTTO

16	17	19	23	26	32
Glückszahl 6					
6 + 1	Replayzahl 5				
6	Kein Gewinner				
5 + 1	Kein Gewinner				
5	2 à Fr.	28 524.25			
4 + 1	33 à Fr.	1000.00			
4	239 à Fr.	179.50			
3 + 1	1408 à Fr.	79.10			
3	4249 à Fr.	25.40			
2	23 392 à Fr.	9.80			
im Jackpot 4 000 000.00					

Joker	225 607				
6	1 à Fr.	339 032.00			
5	2 à Fr.	10 000.00			
4	12 à Fr.	1000.00			
3	109 à Fr.	100.00			
2	11 38 à Fr.	10.00			
im Jackpot 80 000.00					

## DEUTSCHES LOTTO

6	19	25	26	32	33
Superszahl 0					
SPIEL 77					
SUPER 6					
8 745 726					
5 73 605					

## ÖSTERREICHISCHES LOTTO

4	8	11	21	39	45
Zusatzzahl 14					
Joker 630 744					

Alle Angaben ohne Gewähr

# Jus-Professoren schlagen Alarm Präventiver Hausarrest gefährdet Rechtsstaat

Das Parlament droht, mit präventivem Hausarrest für Gefährder den Rechtsstaat auszuhebeln. Dies just aus Angst davor, dass Terroristen uns und unseren Rechtsstaat bedrohen. **Künftig soll die Vermutung ausreichen, dass von jemandem eine Gefahr ausgeht, um ihn zu Hause wegzusperren.** Davor warnen über 60 Rechtsprofessoren in einem offenen Brief ans Parlament und den Gesamtbundesrat. «Es ist beleidigend, wie Justizministerin Karin Keller-Sutter im Juni die Einschätzung der von Staaten gewählten Menschenrechtsexperten dazu als «politische Stellungnahme» abqualifizierte», sagt Rechtsprofessorin Evelynne Schmid von der Uni Lausanne.

Schmid sagt, man habe keine Gewähr, dass die Vorlage mehr Sicherheit bringe. **Hingegen sei die Gefahr gross, «dass jemand erst recht radikalisiert wird, wenn man ihn neun Monate lang unter Hausarrest stellt».** Es würde eine Terrorismusdefinition eingeführt, die viel zu schwammig sei. «Nicht nur die Verübung terroristischer Gewalt oder die Androhung einer solchen soll dazu führen, dass jemand als Gefährder taxiert wird, sondern auch das Verbreiten von Furcht und Schrecken, um die staatliche Ordnung zu beeinflussen.»

Doch verbreiten nicht auch beispielsweise die Corona-Demonstranten Furcht und Schrecken und wollen sie nicht



Rechtsprofessorin Evelynne Schmid warnt vor Terrorismus-Vorlage.

auch die staatliche Ordnung verändern? Und auch Zeitungs-schlagzeilen können Ängste schüren. Könnte man Journalisten nicht unterstellen, die staatliche Ordnung beeinflussen zu wollen? «In autoritären Ländern wird Hausarrest für Journalisten verhängt», warnt die Professorin.

Schmid gibt zu bedenken: Wenn ausgerechnet die Schweiz beginne, die Menschenrechte auszuhöhlen, werde es noch viel schwieriger, repressive Regimes davon abzuhalten, schwammige Terrorgesetze zur Rechtfertigung von Unterdrückung heranzuziehen. **«Terrorismusbekämpfung ist wichtig und nötig, muss aber rechtsstaatliche Prinzipien wahren, wenn wir nicht Öl ins Feuer giesen wollen.»**

Der Weg, den das Parlament beschreiten will, ist aus Sicht der Rechtsprofessoren der falsche. In der Schlussabstimmung entscheidet sich, ob die Politik auf sie hört. PASCAL TISCHHAUSER

Anzeige

# Zu viel ist zu viel!



**Jetzt Arbeitsplätze für Schweizer sichern!**

**JA+**  
zur Begrenzungsinitiative

begrenzungsinitiative.ch